

DOI: 10.5771/0342-300X-2024-4-242

Rechtspopulismus in Europa – und kein Ende in Sicht

DIRK JÖRKE

Europa hat gewählt – und wieder einmal haben diejenigen Parteien zugelegt, die als „rechtspopulistisch“, „nationalpopulistisch“, „extrem rechts“ oder auch „rechtsextrem“ bezeichnet werden. In Italien, Ungarn, Frankreich, Österreich und auch im Osten Deutschlands sind diese Parteien die stärkste Kraft. In vielen anderen Ländern Europas haben gemäßigt konservativ-bürgerliche Parteien gesiegt. Liberale und grüne Parteien mussten dagegen größtenteils Verluste hinnehmen, teilweise von erheblichem Umfang. Und auch sozialdemokratische bzw. sozialistische Parteien haben insgesamt eher dürrig abgeschnitten, von Ausnahmen wie Dänemark einmal abgesehen.

Das sind aus Sicht der Gewerkschaften keine erfreulichen Entwicklungen. Besorgniserregend ist nicht zuletzt der Umstand, dass Menschen, die über keine höheren Bildungsabschlüsse verfügen, bzw. jene, die in den Wahlanalysen als „Arbeiter“ bezeichnet werden, immer häufiger ihr Kreuz bei „rechtspopulistischen“ Parteien machen. So stieg nach Daten von Infratest Dimap der Anteil der „Arbeiter“, die AfD wählten, um elf Prozentpunkte auf inzwischen 34 %. Umfragen deuten darauf hin, dass auch Gewerkschaftsmitglieder überproportional AfD wählen. Gleichwohl ist in diesem Zusammenhang immer auch zu betonen, dass bei Weitem nicht die absolute Mehrheit der Arbeiter*innen die AfD wählt, auch nicht im Osten der Republik – und ebenso, dass sich die Wähler*innen der AfD natürlich auch aus anderen Milieus rekrutieren.

Dennoch setzt sich eine Entwicklung fort, die in vielen Ländern Europas schon seit einiger Zeit zu beobachten ist. Bereits 2008 hat der Sozialwissenschaftler Daniel Oesch rechtspopulistische Parteien in Europa als neuen Typ der Arbeiterpartei bezeichnet. Inzwischen spricht auch die FAZ mit Blick auf die AfD von einer „neuen Arbeiterpartei“. Ganz offensichtlich vermögen es diese Parteien, trotz einer vermeintlich nicht arbeitnehmerfreundlichen wirtschafts- und sozialpolitischen Programmatik, gerade die unteren Klassen – neben „Arbeitern“ finden sich unter der Wählerschaft auch viele Angehörige des Angestelltenmilieus und viele Kleinunternehmer*innen – für sich zu gewinnen.

Jedoch ist es verkürzt, diesen Wähler*innen zu unterstellen, sie würden gegen ihre eigentlichen Interessen oder einzig aus fremdenfeindlichen Motiven „rechtspopulistisch“ wählen. Verkürzt deshalb, weil wir in einer Demokratie davon ausgehen sollten, dass alle Stimmberechtigten gleichermaßen in der Lage sind, ihre Interessen zu erkennen, zu artikulieren und auch ihnen gemäß zu handeln, nicht zuletzt bei der Stimmabgabe. Und es könnte ja durchaus der Fall sein, dass sich viele von ihnen in Teilen der Programmatik der AfD wiederfinden können. Dazu gehört wesentlich die Kritik an der Europäischen Union, auch wenn viele sicherlich nicht gleich einen „Dexit“ befürworten. Die EU steht in ihrer Programmatik für Globalisierungsprozesse und eine im Kern „neoliberale“ Wirtschaftspolitik, die gerade durch die in den EU-Verträgen abgesicherten vier Bewegungsfreiheiten (von Gütern, Dienstleistungen, Arbeitskraft und nicht zuletzt Kapital) angetrieben wird, über deren Durchsetzung

EU-Kommission und Europäischer Gerichtshof mit Argusaugen wachen. Die Durchsetzung dieser Freiheiten hat aber in der Vergangenheit Verlierer*innen und Gewinner*innen produziert. Pauschale Beschwörungen, Deutschland würde massiv von der EU profitieren, wie sie im Vorfeld der Wahlen zu hören waren, verdecken diese Verteilungseffekte, die sich beispielsweise auf den Wohnungsmärkten oder auch in den Betrieben zeigen, etwa wenn internationale Investoren tätig werden und die Arbeitsprozesse „optimieren“. Vor dem Hintergrund dieser alltäglichen Erfahrungen ist der Wunsch nach nationalem Schutz rational motiviert.

Ein wichtiger Faktor bei der Wahl der AfD ist zudem der Arbeiterstolz, in der sozialwissenschaftlichen Forschung als „Produktivismus“ bezeichnet. Gemeint ist damit, dass man sich über seine Arbeitsleistung definiert, also gerade darauf stolz ist, nicht von Transferleistungen abhängig zu sein. Schaut man auf die Geschichte des Populismus, so war dieser „Produktivismus“ immer ein starkes Motiv der Populismus-Anhänger*innen, verbunden mit einer Kritik an jenen Bevölkerungsgruppen, die – etwa als Rentiers – ohne Arbeit ein hohes Vermögen erwirtschaften, und an denjenigen, die in ihrer Wahrnehmung unberechtigterweise von Sozialleistungen leben. Und dazu gehören in Deutschland eben auch viele Migrant*innen. Letzteres kann man leicht als „rassistisch“ skandalisieren. Indes versperrt genau das den Weg einer Politik, die die Sympathisant*innen der AfD wieder in die „demokratische Mitte“ zurückholen kann. Wenn man sich von Menschen, die als „abgehoben“ erfahren werden, abgewertet sieht, wird das nur bei den wenigsten zu einer Änderung der Einstellungen führen. Das Gegenteil ist zu beobachten. Seit nunmehr gut zehn Jahren haben wir auch in Deutschland einen weitverbreiteten Antipopulismus. Doch dieser wirkt gerade aufgrund seiner moralistischen Emphase so hilflos, ja geradezu als ein Brandbeschleuniger, jedenfalls steigen die Zustimmungswerte für die AfD vor allem bei der nicht-akademischen Bevölkerung.

Max Scheler hat vor gut 100 Jahren argumentiert, dass sich Ressentiments gerade in solchen Gesellschaften verbreiten, in denen es eine große Kluft zwischen den Versprechen der Demokratie – gleiche Handlungsmacht und eine Annäherung der Lebensverhältnisse – und der alltäglich erfahrenen Realität gibt. Die besondere Rolle der Gewerkschaften besteht darin, diese Kluft, insbesondere in der Arbeitswelt, zu verringern und auf diese Weise der Zustimmung zu rechten Parteien den Nährboden zu entziehen. ■

AUTOR

DIRK JÖRKE, Prof. Dr., Professur für Politische Theorie und Ideengeschichte an der TU Darmstadt. Forschungsschwerpunkte: politische Ideengeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts sowie Demokratietheorie.